

SEK Frauenkonferenz, 27. März 2010, Bern
„VON FRAUENARBEIT ZU GENDERSTRATEGIE“

INPUT STELLA JEGHER

Liebe Frauen und Männer (?)
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Zum Einstieg ins Thema

Ich möchte mit zwei Bildern einsteigen, die zu unserem Thema bestens passen:

1. BILD:

>> Beamer: Foto Frauendemo

Letzten Samstag demonstrierten in Bern rund 8000 Frauen und etliche Männer unter dem Motto „HER MIT DEM SCHÖNEN LEBEN“.

Was der Slogan genau meinte, stand auf dem Aufruf und auf den zahlreichen Plakaten und Transparenten an der Demo – nämlich zum Beispiel:

- Sich zu Hause und in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen,
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erhalten,
- mehr Krippenplätze zu erschwinglichen Tarifen,
- Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt,
- ein unabhängiges Alter
- mehr Macht in der Politik
- Schutz vor Waffengewalt im In- und Ausland,
- ein fairer Welthandel, Frieden und Entmilitarisierung,
- Selbstbestimmung in allen Bereichen.

und vieles mehr.

Nun können wir über den Slogan denken, was wir wollen - reichlich postmodern, ziemlich beliebig, wenig politisch oder gar kämpferisch... und der Forderungskatalog war ein Sammelsurium feministischer Anliegen...

Nichtsdestotrotz: Es war eine Manifestation feministischen Selbstbewusstseins, entstanden aus einer geglückten Zusammenarbeit zwischen so unterschiedlichen Organisationen wie der Basisbewegung Marche-Mondiale, grossen Gewerkschaften und kleinen wie grossen, feministischen wie auch geschlechtergemischten NGOs, darunter übrigens auch Amnesty International. Eine Initiative von wenigen, befolgt von vielen. Und sie traf den Zeitgeist, scheint es: Die Medien, mindestens in der deutschen Schweiz, jedenfalls berichteten von einer bunten, vielfältigen, lebendigen und fröhlichen Demo, und kommentierten: Endlich seien die Frauen mit diesem Slogan mal etwas lockerer und unverkrampft aufgetreten. In der Tagesschau war die Demo, siehe da, Gegenstand des ersten Berichts zu Prime Time!

Was folgern wir daraus? Ziel erreicht? Welches Ziel?

Ich möchte noch keine Antwort geben.

2.BILD

Beamer: Foto Konferenz Beijing +15

Unmittelbar vor der Frauendemonstration in Bern hatte ich zwei Wochen in einem ganz anderen Kontext verbracht: An der Konferenz der „Commission on the Status of Women“ in New York, einer UNO-Kommission, die seit 1946 (!) internationale Frauenrechtspolitik voran zu bringen versucht. Die Kommission – kurz CSW - ist ein UNO-Ausschuss, dem stetig 61 Länder angehören, in wechselnder Zusammensetzung. Die CSW wurde damals unmittelbar nach der Gründung der UNO auf Initiative von Frauen ins Leben gerufen, weil Feministinnen in der internationalen Politik sich gewiss waren, dass der Gleichstellungsartikel in der UNO-Charta nicht genügen würde, um tatsächliche Veränderungen in der Stellung der Frauen in den verschiedensten Lebensbereichen herbeizuführen. Die Kommission hat seither hartnäckig darum gekämpft, dass die Forderungen von Frauen ihren Platz in der UNO-Politik finden: Sie war die Initiatorin der Internationalen Frauenrechtskonvention CEDAW, die unser wichtigstes Referenzdokument geworden ist. Sie war die Initiatorin der Weltfrauenkonferenzen, die Meilensteine setzten auf dem Weg zu Frauenrechten und Gleichstellung weltweit. Und sie trifft sich jährlich, um Fortschritte und Handlungsbedarf in aktuellen Themenbereichen zu diskutieren, letztes Jahr zum Beispiel der „Care-Oekonomie“ und der Wirtschaftskrise.

Thema der CSW-Konferenz Anfang März, die zwei Wochen dauerte, war eine Standortbestimmung 15 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz von Beijing. Jene Weltfrauenkonferenz war, zur Erinnerung, ein ganz gewichtiger Meilenstein in der Geschichte internationaler feministischer Politik – und übrigens auch das erste Bekenntnis der Staaten aller Welt zur Gender Mainstreaming Strategie, aber darauf gehe ich jetzt nicht ein.

Aus „Beijing“ resultierte eine „Aktionsplattform“, die sich heute noch fast wie die zu Papier gebrachte Vision der Frauenbewegungen aller Welt liest (ich empfehle sie mal wieder hervorzunehmen!), mit Analysen und zahllosen Forderungen zu allen wichtigen Themen, von Armut, Bildung, Gesundheit, Gewalt über Wirtschaft, bewaffnete Konflikte bis hin zu den Themen Medien, Umwelt und den Rechten von Mädchen.

In New York wurde nun also 15 Jahre später Bilanz über die Erfolge in allen diesen Bereichen gezogen, und die Bilanz fiel ernüchternd aus: Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen, nur gerade in den Bereichen Bildung und politische Beteiligung hat die Gleichstellung Fortschritte gemacht. In allen anderen Bereichen sind die meisten Staaten noch weit von den Zielen entfernt.

Die Konferenz war für mich aber auch gerade mit Blick auf feministische Strategien sehr aufschlussreich: Während nämlich in den Statements der Regierungen deutlich wurde, dass eigentlich alle die Lektion des Gender Mainstreaming gelernt haben, konkreter: gelernt haben, dass sie in allen Bereichen etwas über Gleichstellung sagen können müssen, hat sich auf der Ebene der Machtverteilung kaum etwas geändert, und vor allem: kämpfen wir bezüglich ganz grundlegender Frauen-Interessen noch immer um ein Minimum an Rechten, Beteiligung und Selbstbestimmung. Allem voran wenn es um die Rechte auf sexuelle Selbstbestimmung geht, um die Verteilung von unbezahlter

Arbeit, um die Mitbestimmung in Fragen von Krieg und Frieden oder um die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Auch interessant war, dass die NGOs im Gegensatz zu Beijing damals fast gar keinen Zugang zu den Debatten auf offizieller Ebene hatten, fast gar keine Möglichkeit, direkt Einfluss zu nehmen. Umso deutlicher wurde, wie professionell manche Frauenorganisationen heute Lobbying betreiben. Und das war und ist auch bitter nötig.

Dass ich an der Konferenz auf Regierungsebene dabei sein konnte, möchte ich noch erwähnen, war wiederum das Resultat einer langjährigen Verbindung zweier Feministinnen innerhalb der staatlichen Strukturen und ausserhalb – nämlich zwischen Patricia Schulz, der Leiterin des Eidgenössischen Gleichstellungsbüros, und mir als Mitbegründerin der NGO-Koordination Post-Beijing. Beide haben wir uns in Beijing schon getroffen, und beide versuchen wir seither die Ziele feministischer Politik in unseren verschiedenen Wirkungskreisen voranzubringen.

Die beiden Einstiegsbeispiele illustrieren meiner Meinung nach bestens die „Zutaten“ oder vielleicht besser die Eckpunkte feministischer Politik – lassen Sie sie mich noch kurz charakterisieren:

2. Was sind die Eckpunkte feministischer Politik?

Eine aktive Basis, die Kritik an den Verhältnissen zum Ausdruck bringt, die ihr Leiden an diesen Verhältnissen formulieren kann, sie in Forderungen und Veränderungsziele ummünzen kann, die aber auch gesellschaftliche Veränderungen widerspiegelt, neue Forderungen einbringt. Eine Basis aber auch, die sich auf Forderungen einigen kann, also ihre Identität nicht nur aus der Vielfalt bezieht – nach dem guten alten Satz: Frausein allein ist kein Programm!

Politische Lobbyistinnen, die wissen, wie sich gesetzliche und politische Veränderungen tatsächlich erreichen lassen, und wie sich rechtliche Grundlagen und politische Programme wiederum als Referenzsysteme nutzen lassen – auf allen Ebenen, von der internationalen Konvention und den UNO-Programmen über nationale Verfassungen und Gesetze bis hinunter zur lokalen Ebene und zu Institutionen (wie etwa die Kirche, oder Amnesty...)

Eigene Strukturen, die erlauben, die Forderungen der Basis in die Sprache der Politik und des Rechts zu übersetzen und zwischen verschiedenen Erfahrungsebenen zu vermitteln, z.B. zwischen der Erfahrungsebene einer Bäuerin, einer Migrantin, einer Familienfrau, eines Vereinsmitglieds und der Erfahrungsebenen der Entscheidungsgremien, sei es im politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen oder institutionellen Kontext.

Eine klare Strategie, und das heisst: klare Ziele setzen, die auch erreichbar sind; wissen, wer die Akteurinnen und Akteure sind, die auf dieses Ziel Einfluss nehmen können; wissen, wie wir wiederum auf diese Akteurinnen und Akteure Einfluss nehmen können, durch wen und durch welche Argumente sie beeinflussbar sind, und dabei unsere Ressourcen realistisch einschätzen.

Gute KoalitionspartnerInnen, die unsere Ziele mindestens punktuell teilen, auch wenn sie nicht ihrerseits feministische Politik als Hauptthema haben, und vor allem solche, die den Druck auf die Veränderung erhöhen können oder Zugang zu Strukturen und Akteurinnen haben, die wir nicht haben. Hier spielt auch die Zusammenarbeit „drinnen – draussen“ wiederum eine wichtige Rolle.

Last but not least:

Ressourcen!

Finanzen, Know-how, Räume, Zeit, Beziehungen – das alles fehlt uns allzu oft und hat allzu oft feministische Strategien scheitern lassen.

3. Die Rolle von Gender Mainstreaming in der feministischen Politik

Gender Mainstreaming und feministische Politik müssen m.E. keine Gegensätze sein, im Gegenteil. (Darin wird ja auch Zita mit mir einig gehen - und das ist ja auch sonnenklar, wenn wir unsere jeweiligen Biografien anschauen ;-))

Gender Mainstreaming gehört im Grunde zu den feministischen Strategien, wobei der Begriff natürlich je nach Standpunkt auf verschiedene Grundlagen zurückgeführt wird, und wer die GM-Strategie verunglimpfen will, wird natürlich darauf beharren, dass GM auf der Management-Etage multinationaler Unternehmen erfunden wurde. Ich beziehe mich wie gesagt eher auf frauenpolitische Ursprünge.

GM ist jedoch aus meiner Sicht in erster Linie eine *Umsetzungsstrategie*. In diesem Sinne kam sie auch in die Diskussion und wurde, durchaus auf Betreiben der feministischen Lobby, in der Aktionsplattform von Beijing 1995 verankert. Die zugrunde liegende Analyse ist, dass wir, erstens, mit unseren Forderungen nicht weiter kommen werden, wenn wir sie nicht in konkrete Ziele übersetzen, die mit den Zielen der „Mainstream-Politik“ in einem Zusammenhang stehen. Und dass wir, zweitens, nicht werden sagen können, diese Ziele seien erreicht oder nicht erreicht, wenn wir nicht konkrete Indikatoren angeben, woran sie denn gemessen werden können. So gesehen ist Gender Mainstreaming ein *Umsetzungs-Management*, aber mehr möchte ich dazu nicht sagen, da Zita Küng dies ja eingehend erläutern wird.

Die Nachteile von Gender Mainstreaming können eigentlich aus genau derselben Analyse abgeleitet werden: Wenn wir nämlich feministische Ziele in die „Mainstream“-Politik – die ja doch mehrheitlich von männlichen Erfahrungen und Lebenszusammenhängen geprägt ist – übersetzen und einfügen müssen, droht der eigenständige Gehalt unserer Ziele, die systemkritische Komponente verloren zu gehen. Ich habe das einmal vor Jahren in einem Artikel mit dem Satz beschrieben, dass wir „*mit dem Strom gegen den Strom*“ zu schwimmen versuchen. Das geht logischerweise nur bedingt....

Dazu kommt die ganze Verwirrung um den Begriff „Gender“, auf die ich hier nicht näher eintrete, nur soviel: darunter wird sehr sehr viel Verschiedenes verstanden - wie ja auch die Einleitung von Sabine Scheuter schon andeutete. Es besteht m.E. die Tendenz, mit dem Begriff „Gender“ theoretische Konstrukte zu schaffen, die den konkreten Lebenserfahrungen verschiedener Männer und verschiedener Frauen und allem, was dazwischen liegt, nicht mehr gerecht werden.

Einen Aspekt des Kontextes von Gender Mainstreaming möchte ich noch erwähnen, der tatsächlich viel zu meiner Skepsis gegenüber dieser Strategie beiträgt und mich dazu führt, immer wieder sehr vorsichtig zu sein, vor allem wenn feministische Politik oder Politik für Frauenrechte durch Gender-Politik oder -Mainstreaming abgelöst werden soll: Den Aspekt nämlich, dass politische Arbeit seit etwa einem Jahrzehnt ohnehin mehr und mehr als eine Art „Management-Aufgabe“ verstanden wird. Das mag zwar mit Blick auf die Effizienz politischer Strategien auch seine positiven Seiten haben – ich habe ja auch davon gesprochen, dass es wichtig ist, Indikatoren für den Erfolg unserer Politik zu haben. Aber zwischen „Management“ und Politik liegen eben doch Welten: Management ist ein Konzept, das auf hierarchischen Strukturen aufbaut, top-down, Politik dagegen beruht, jedenfalls im demokratisch-rechtsstaatlichen Verständnis, auf kollektiver Meinungsbildung, bottom-up, und partizipativen Aushandlungsprozessen. Auch feministische Ziele können m.E. eben nur über solche kollektive Aushandlungsprozesse erreicht werden - mit Management-Methoden hingegen höchstens ergänzend, in sehr klar umgrenzten Strukturen und eher in geschlossenen Systemen.

(evtl. Beispiel dazu wenn gewünscht und wenn Zeit)

4. Zur Zukunft

Feministische Politik ist im Wandel wie die Gesellschaft auch. Die wichtigsten Aspekte oder Faktoren dieses Wandels sind bekannt: Globalisierung, veränderte Kommunikationsformen, zunehmend interkulturelle Gesellschaft, wachsender Fundamentalismus in allen Religionen, wachsende Diskrepanzen zwischen Arm und Reich, die Wirtschaftskrise, der Klimawandel usw.

Wandel erleben wir aber auch im Verständnis von „Geschlecht“, jedenfalls in unserem eigenen gesellschaftlichen Umfeld: Die Kategorien „Frau“ und „Mann“ sind biologisch wie auch sozial durchlässiger geworden; Transgender-Frauen und -Männer melden sich politisch zu Wort; Intersexuelle fordern ihre Rechte ein; nicht-traditionelle Lebensformen haben gegenüber noch vor zehn, zwanzig Jahren deutlich an Boden gewonnen.

Feministische Politik muss sich dazu verhalten. Einige Fragen, die sich dabei stellen, möchte ich zum Schluss und als Einstieg in die nachfolgende Diskussion formulieren, und zwar entlang der erwähnten „Eckpunkte“ einer feministischen Politik:

Die Basis: wer formuliert feministische Interessen?

Junge Frauen formulieren nicht zwingend dieselben Interessen wie etwa meine Generation. Auch die zunehmende politische Präsenz von Migrantinnen verändert die Debatten und das Umfeld, jedenfalls wenn wir ihnen wirklich zuzuhören bereit sind. Wer also formuliert heute feministische Forderungen, und wer identifiziert sich damit? Was spielen kulturelle, religiöse, herkunfts- oder schichtspezifische Prägungen dabei für eine Rolle? Wie gehen wir mit ideellen Widersprüchen um, etwa zwischen Migrationspolitik und Frauenpolitik, oder zwischen Umweltpolitik und Frauenpolitik (vgl. Elisabeth Badinter in ihrem neuen Buch ...)? Wie findet sich, und wie formiert sich

eine feministische Basis oder eben besser: wie formieren sich verschiedene feministischen Strömungen?

Die Lobbyistinnen: wie bleiben wir in Verbindung?

Lobbyistinnen sind per se nicht demokratisch legitimierte Vertreterinnen der Basis, sondern deren Sprachrohr in gegenseitigem Einverständnis – oder auch nicht. Wie entsteht eine Vertrauensbeziehung zwischen Basis und politischen Lobbyistinnen, die sich in je einem ganz anderen Umfeld bewegen? Lässt sich vermeiden, dass das politische Umfeld „unsere“ Lobbyistinnen letztlich mehr prägt als die feministische Herkunft, oder dass wir dies mindestens so wahrnehmen? Wenn nicht, was bedeutet das für die Strategie? Und auch hier: können solche Lobbyistinnen nur Frauen sein? wenn ja warum?

Die Strukturen: Flexibilität ist Trumpf

Die Zeiten, da sich Frauen in Vereinen organisierten, mit Vorstand und Kassierin, mit regelmässigen Sitzungen und Protokollen, scheinen vorbei zu sein. Davon zeugen die Schliessungen solcher Strukturen, und gescheiterte Versuche, etwas Neues aufzubauen. Die jüngere Generation will Flexibleres, will kommen, wenn sie Zeit und Lust hat, und auch wieder gehen können. Welche Strukturen können und sollen wir uns als Feministinnen in Zeiten der Internet- und sms-Kommunikation geben? Wie kontinuierlich müssen sie sein, um wirksam zu werden, wie anpassungsfähig sollten sie sein? Wie unabhängig müssen sie sein, und wie steht es mit Strukturen, die der Staat (oder die Gesamtinstitution, etwa Kirche, Gewerkschaft oder NGo) ins Leben gerufen hat oder mit Ressourcen unterstützt. Und: Wo wäre es heute je nachdem wirksamer, feministische Strukturen auch für Männer zu öffnen?

Die Strategie: Von der Kommunikation zum Marketing

Strategie ist ein militärisches Wort und bei vielen Feministinnen unbeliebt. Trotzdem bin ich überzeugt, dass wir immer klarere strategische Konzepte haben müssen, wenn wir Ziele erreichen wollen. Strategie hat viel mit gezielter, koordinierter Kommunikation zu tun, und heute auch immer mehr mit Marketing. Das gilt es zu akzeptieren – und hierin sind möglicherweise die Akteurinnen des Gender Mainstreaming deutlich weiter.

Die Koalitionen: wie weit können wir gehen?

Vor allem bei den Koalitionen, als zentraler Teil einer gezielten Strategie, stellt sich nicht nur für Feministinnen die heikle Frage, wie viel Gemeinsamkeit in der Werthaltung und in den grundsätzlichen Zielen wir voraussetzen, um mit PartnerInnen zusammen zu arbeiten. So lange wir eine feministische Grundhaltung als Vorbedingung von Kooperationen voraussetzen, kommen wir vermutlich nicht viel weiter. Aber wo sind die Grenzen? auch das gälte es an konkreten Beispielen gut auszuleuchten. In der Arbeit zu häuslicher Gewalt und zu Frauenhandel etwa sind wir schon sehr weit gegangen mit den Koalitionen, und mit durchaus positiven Resultaten.

Die Ressourcen: wir wollen Geld!

Da bleibt nur eines: immer und immer wieder die nötigen Ressourcen einfordern, denn sie stehen uns zu! Gender Budgeting kann eine Strategie sein. Wichtig auch, dass wir kompetente Frauen „behalten“ können, dass Know-how nicht verloren geht, und das hängt wiederum von den Möglichkeiten ab, solchen Frauen ein Umfeld zu bieten, das ihren Fähigkeiten entspricht. Sonst bleiben wir eine Basis, deren Know-how-Trägerinnen stetig wieder abwandern. Im besseren Fall in eine Machtstruktur, wo sie zur Koalitions- oder Lobbypartnerin werden kann. Im schlechteren weit weg von unseren Anliegen.

Vorläufiges Schlusswort

Ich komme nochmals zurück auf die beiden Bilder vom Anfang und denke an die grossen Errungenschaften der internationalen Frauenpolitik: die Frauenrechtskonvention, die Plattform von Beijing, die konsolidierten internationalen Strukturen der Frauenrechtsarbeit; und an die kleinen Errungenschaften der nationalen Frauenpolitik: das Gleichstellungsgesetz, das neue Ehegesetz, das Gewaltschutzgesetz, die Frauenhäuser. Alle diese Errungenschaften hätten wir nicht ohne die Hartnäckigkeit von Feministinnen und ohne feministische Strategien. Wir hätten sie nie und nimmer über eine Management-Strategie erhalten. Auch eine Demo wie diejenige vom letzten Samstag könnte nicht aus einer Management-Strategie heraus entstehen: Sie bedarf der Zeitinvestition von Engagierten, des Dranbleibens von Frauen, die ihre eigenen Interessen genau kennen, und der Kreativität einer breiten Basis, die sich vielfältig einbringt. Was daraus die Politik am Ende macht, wer sich wie auf die Forderungen und die Präsenz von 8000 Frauen berufen wird, das können wir noch nicht wissen - aber wir können es aus unserer je eigenen Werte beeinflussen, und das verstehe ich unter feministischer Politik.